

TIERRECHTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

**Briefaktion für Stadtauben
Mehr „Tierwohl“ im Fleischsektor
Tierversuche – Das Auf und Ab der letzten Monate**

**... weil
Tiere
Rechte
haben**

**Menschen für Tierrechte
Baden-Württemberg e.V.**

Impressum

Menschen für Tierrechte

Baden-Württemberg e.V.
Hasenbergsteige 15
70178 Stuttgart

Tel. 0711/61 61 71
Fax 0711/61 61 81
info@tierrechte-bw.de

www.tierrechte-bw.de
www.facebook.com/tvgbw
www.instagram.com/menschen_fuer_tierrechte
www.twitter.com/tierrechte_bw

Mitglied bei Menschen für Tierrechte -
Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.

Als gemeinnützig und besonders
förderungswürdig anerkannt

Bankverbindung: Kreissparkasse Böblingen
IBAN: DE60 6035 0130 00000223 49
BIC: BBKRDE6B

Chefredaktion: Annette Bischoff (Vorstandsmitglied)
Gestaltung: Ea Bäurle
Herstellung: pws Print und Werbeservice Stuttgart GmbH

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bitte beachten Sie: Seit dem 25.5.2018 gilt die EU-Daten-
schutzgrundverordnung. Wesentliche Änderungen hin-
sichtlich der Verarbeitung Ihrer Daten durch uns sind damit
nicht verbunden. Detaillierte Informationen erhalten Sie auf
unserer Internetseite unter:
<https://tierrechte-bw.de/datenschutzerklaerung.html>

Foto auf der letzten Seite: 3 Gänse vom Erdlingshof
www.erdlingshof.de

Aktuelles

Hinweise auf **kurzfristige Aktionen**
unseres Vereins sowie aktuelle
Informationen erhalten Sie über
unsere **Homepage**, auf unserer
Facebook-Seite, auf **Instagram**, auf
Twitter oder in unserem **Newsletter**.



Liebe Tierfreundin, lieber Tierfreund,

noch immer hält uns das Coronavirus in Schach, schränkt unser gewohntes Leben und unsere Aktivitäten massiv ein. Uns als Tierrechtsorganisation betrifft das natürlich auch, weggefallen sind Infostände, Mahnwachen, Ampelaktionen sowie in vor Corona-Zeiten angedachte Mitbring-Picknicks, um den persönlichen Austausch mit unseren Mitglieder*innen zu vertiefen.

Noch immer haben wir die Hoffnung, dass die für den 24. Juli 2021 geplante Veranstaltung zur „Schließung aller Schlachthäuser“ in Stuttgart stattfinden kann. Die inzwischen in fast allen Ländern der Welt angekommene und in den mitwirkenden Städten mit themenbezogenen und mitreißenden bunten Umzügen realisierte Vision für eine Welt ohne Tieraussbeutung wird es in diesem Jahr wahrscheinlich nur in einigen Städten geben. Doch die Hoffnung, dass immer mehr Menschen erkennen, dass unsere Art zu leben die Entstehung von Zoonosen geradezu provoziert, ist real, denn unleugbar findet ein Begreifen und Umdenken statt. Die Zahl der Veganer*innen sowie Flexitarier*innen steigt kontinuierlich an. Der Begriff „vegan“ ist kein Fremdwort mehr, sondern in der Mitte der Gesellschaft angekommen, keine Zeitung mehr ohne entsprechende Rezepte und fast jedes Restaurant bietet inzwischen rein pflanzliche oder zumindest vegetarische Gerichte an. Im Sinne der Tiere, deren Leben damit gerettet werden kann, eine tolle Entwicklung, die sich zugleich auch positiv auf unsere Umwelt auswirkt.

Bisher findet vieles online statt, z.B. unsere Aktion zum internationalen „World day for the end of fishing“ am 27. März 2021, bei der dutzende Tierfreund*innen mitgewirkt haben. Ganz herzlichen Dank für dieses Engagement! Die entsprechenden Bilder gibt es auf unserer Facebookseite, wo man auch immer Mitmachaktionen zu verschiedenen Tierschutzthemen findet. Bitte vergessen Sie auch nicht, gelegentlich unsere Homepage zu besuchen, es lohnt sich und jede*r wird etwas Interessantes finden.

Ein weiterer wichtiger Termin war natürlich die Woche zum Ende der Tierversuche im April. Unser Bundesverband „Menschen für Tierrechte“ gestaltete dazu in Berlin einen sehr interessanten Informationstag.

Fest geplant für den Sommer haben wir eine weitere spektakuläre Aktion, die, da von den Coronabeschränkungen nicht betroffen, auf jeden Fall realisiert wird. Mehr dazu erfahren Sie bei unserer Mitgliederversammlung, die hoffentlich nicht nur online, sondern in unserer Geschäftsstelle stattfinden kann.

You may say I'm a dreamer, but I'm not the only one – *John Lennon*

In der Hoffnung auf ein baldiges Ende der Pandemie

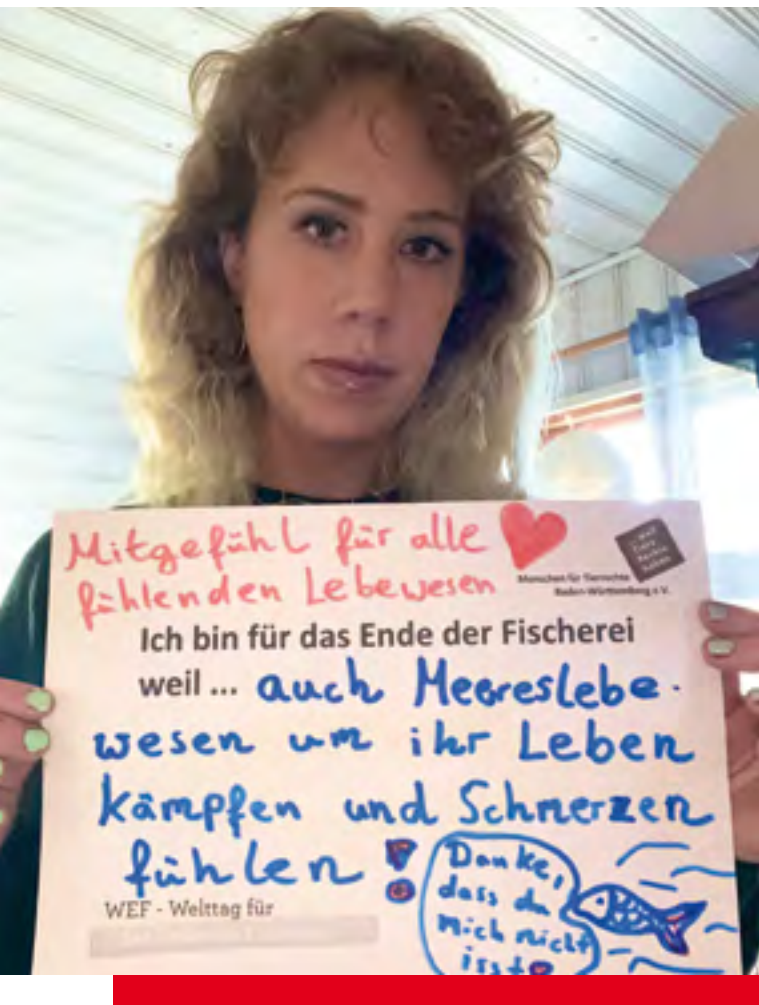
Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Dagmar Oest

Vorstandsmitglied

Tieren eine Stimme geben: Eine neue Mitarbeiterin stellt sich vor



Ich bin Julia Thielert, 33 Jahre alt, und vertrete Stephanie Kowalski als wissenschaftliche Mitarbeiterin während ihrer Elternzeit.

Im Oktober 2020 habe ich mein Masterstudium Animal Welfare Science, Ethics and Law an der University of Winchester abgeschlossen. Meinen Bachelor habe ich in Umweltsicherung an der Universität Hildesheim gemacht.

Ich habe einen zweijährigen Sohn und zwei Hunde. Wir alle leben vegan. Seit meiner Jugend bin ich im Aktivismus aktiv, ich habe aber auch schon praktisch mit Tieren gearbeitet. So zum Beispiel mit der Organisation Vier Pfoten in einem Kastrationsprojekt von Straßentieren in der Ukraine oder in einer Auffangstation für Raubvögel in Kanada. Außerdem hatten meine Eltern in meiner Kindheit immer ein paar sogenannte Nutztiere, welche zwar ein gutes Leben hatten, aber auch geschlachtet wurden.

Heute leben meine Schwester, meine Mutter und ich vegan. Daher habe ich selbst erlebt, dass jeder Mensch sich ändern kann. Ich bin überzeugt, dass die meisten Menschen Tieren kein Leid zufügen möchten und lediglich die Auswirkungen ihres Handelns ausblenden. Aus diesem Grund freue ich mich, mit meiner Arbeit bei Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg e.V. diese Auswirkungen sichtbar zu machen.

◆ Julia Thielert

In eigener Sache – Ihre E-Mail-Adresse

Vor ein paar Jahren hatten wir unsere Mitglieder*innen gebeten, uns ihre E-Mail-Adressen bekannt zu geben. Dies möchten wir nun nochmals tun, da wir nur von wenigen Mitgliedern die E-Mail-Adresse vorliegen haben.

Vielleicht hat sich auch die E-Mail-Adresse des/der einen oder anderen geändert, was wir gelegentlich feststellen, wenn wir mit unseren Mitglieder*innen per E-Mail in Kontakt treten möchten und die Nachricht dann leider unzustellbar ist.

Möglicherweise haben auch einige Mitglieder*innen erst

jetzt eine E-Mail-Adresse. In jedem Fall würden wir uns freuen, wenn Sie uns Ihre E-Mail-Adresse bekannt geben, denn dies beschleunigt unsere Kommunikation mit Ihnen und ist außerdem kostengünstig.

Gerne dürfen Sie uns auch Ihre Telefonnummer mitteilen, wenn Ihnen ein Anruf lieber ist.

Wir versichern Ihnen, dass wir keinerlei Daten von Ihnen weitergeben oder diese missbräuchlich verwenden.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung an info@tierrechte-bw.de. Vielen Dank!

◆ Annette Bischoff

Bericht von der Mitgliederversammlung vom 21. November 2020

Am 21. November 2020 fand unsere alljährliche Mitgliederversammlung statt – aufgrund der Coronalage als Videokonferenz.

Im Anschluss an die Eröffnung der Versammlung, die ordnungsgemäß, fristgerecht und unter Nennung der Tagesordnungspunkte einberufen wurde, berichtete Vorstandsmitglied Alex Lunkenheimer über die Arbeit und Aktivitäten des Jahres 2019.

Danach verlas und erläuterte Vorstandsmitglied Annette Bischoff den Kassenbericht für das Jahr 2019. Es folgte der Kassenprüfungsbericht von Herrn Tetenz. Er stellte fest, dass die vorgelegte Buchhaltung übersichtlich und verständlich ist und keine Fehlbeträge gefunden wurden. Zu beiden Berichten gab es keine Nachfragen. Auf Antrag von Mitglied Andrea Bäurle wurde der Vorstand bei eigener Enthaltung einstimmig entlastet.

Des Weiteren wurden von Frau Bischoff die Satzungsänderungen, die im Magazin 1/2020 als Tagesordnungspunkt zur Besprechung und Abstimmung in der Mitgliederversammlung angekündigt worden waren, erläutert.

Die Änderungen betreffen den Satzungszweck sowie das Abhalten der jährlichen Mitgliederversammlung (siehe dazu Magazin 1/2020). Die Änderungen wurden besprochen; es wurde abgestimmt und alle Änderungen einstimmig beschlossen.

Anträge von Seiten der Mitglieder*innen lagen keine vor.

Unter dem Top Diverses wurde auf die Busplakataktion ab Mai 2021 in Stuttgart hingewiesen, die zunächst drei Monate laufen soll.

Auf die Nachfrage, wieso der Verein sein Spendenkonto nicht bei einer nachhaltigen Bank hat, erläuterte Frau Bischoff, dass es bei Vereinsgründung Banken mit dieser Ausrichtung noch nicht gab und dass ein Bankenwechsel immer Risiken hinsichtlich des Einzuges und auch der Überweisung von Mitgliedsbeiträgen und Spenden in sich birgt. Ebenso ist das Vereinsverwaltungsprogramm des Vereins auf die Kreissparkasse abgestimmt. Aus diesem Grund ist ein Wechsel derzeit nicht geplant.

◆ Annette Bischoff

Einladung zur ordentlichen Mitgliederversammlung 2021

Im Namen des Vorstands laden wir Sie alle herzlich zur diesjährigen Mitgliederversammlung ein.

Sollte die Durchführung der Versammlung, aufgrund der Corona-Lage bzw. entsprechender Vorgaben, vor Ort in der Hasenbergsteige nicht möglich sein, so findet diese online per Videokonferenz statt. In diesem Fall werden Ihnen die Zugangsdaten rechtzeitig per E-Mail mitgeteilt.

Samstag, 10. Juli 2021
11:00 bis ca. 14:00 Uhr
In der Geschäftsstelle
Hasenbergsteige 15
70178 Stuttgart

Öffentliche Verkehrsmittel:

S-Bahn bis Haltestelle Schwabstraße
→ Fußweg zum Büro ca. 12 Minuten
oder mit dem Bus Linie 42
Haltestelle Schwabstraße/Reinsburgstraße
bzw. Linie 92 Haltestelle Reinsburgstraße
→ Fußweg ca. 10 Minuten

Tagesordnung

TOP 1: Begrüßung
TOP 2: Feststellung der Tagesordnung
TOP 3: Bericht des Vorstandes und der AG-Leiterinnen
TOP 4: Vortrag des Kassenberichts
TOP 5: Bericht der Kassenprüfer
TOP 6: Entlastung des Vorstands
TOP 7: Anträge
TOP 8: Diverses

Anträge erbitten wir bis 26. Juni 2021 an unsere Geschäftsstelle zu richten.

Ebenso bitten wir um Anmeldung zur Mitgliederversammlung (entweder telefonisch unter 0711-61 61 71 oder per E-Mail an info@tierrechte-bw.de) bis 26. Juni 2021.

Vielen Dank.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

◆ Annette Bischoff

UNSERE TIERRECHTSAKTIVITÄTEN

Tierisches Adventsrätsel

Für die Adventszeit 2020 hatten wir uns für die SocialMedia-Kanäle einen Adventskalender der besonderen Art überlegt. In Form eines Adventsrätsels wurde jeden Tag ein „Türchen“ mit einer Frage zu besonderen tierischen Fähigkeiten geöffnet, die am folgenden Tag beantwortet wurde.

Wir Menschen sind es gewohnt, alle anderen Lebewesen, ihre Fähigkeiten und ihre Eigenschaften meist nur aus unserer menschlichen Sichtweise zu beurteilen. Wir vergleichen sie mit uns und halten uns deswegen oft für haushoch überlegen. Aber wie wäre es, wenn die Maßstäbe von anderen Spezies gesetzt werden würden? Könnten wir Menschen mithalten und verfügen wir über die ungeheuer großartigen Fähigkeiten und Eigenschaften anderer Spezies?

Wir wollten damit die Aufmerksamkeit auf speziesistisches Denken lenken. Unsere Sichtweise darauf: Wir sind alle unterschiedlich und einzigartig, aber keine/r ist besser oder schlechter. Wir alle sollten das gleiche Recht auf ein artgerechtes Leben haben.

◆ Wolfgang Endres

Online Silent-Line zum Welttag für das Ende der Fischerei

Am 27. März 21 fand der Welttag für das Ende der Fischerei statt. Wir wollten hier auf die Ausbeutung der aquatischen Lebewesen durch den Menschen aufmerksam machen und uns solidarisch dagegen aussprechen. Denn jedes Jahr werden Milliarden von Fischen und andere fühlende Wasserlebewesen für die Ernährung und den Genuss des Menschen gefangen und getötet, obwohl sie für eine bedarfsgerechte Ernährung nicht nötig sind. Das dabei erzeugte Leid übersteigt unsere Vorstellungskraft und die ökologischen Folgen sind katastrophal. Das sind gute Gründe dafür, ein Umdenken im Umgang mit den Meeresbewohner*innen zu fordern.

Wir hatten verschiedene Plakatvorlagen entworfen und online dazu aufgerufen, kreativ zu werden und uns mit einem Foto mitzuteilen, warum man für ein Ende der Fischerei ist. Alle Beiträge mit dem Hashtag #EndeFischerei haben wir in einem Facebook-Album und auf unserer Homepage in einer Fotogalerie festgehalten. Viele Menschen sind unserem Ruf gefolgt und haben mit einem Bild ein Statement für eine Welt ohne Fischerei abgegeben!

Vielen Dank an alle teilnehmenden Aktivist*innen!

◆ Wolfgang Endres

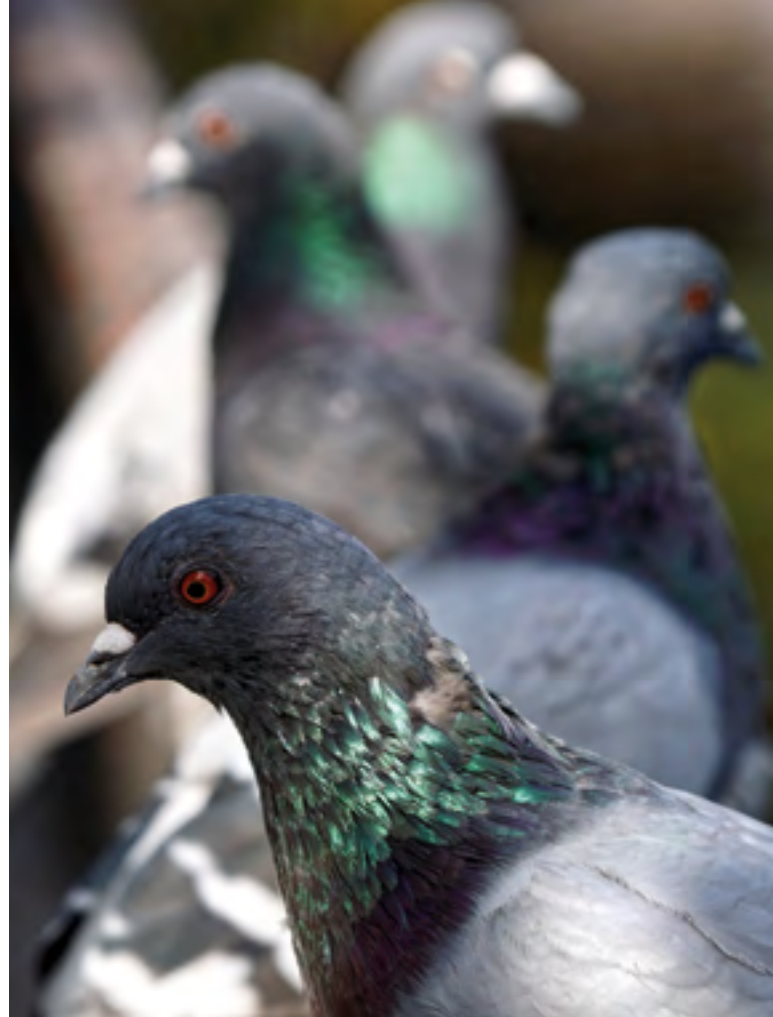


Unsere Briefaktion für die Stadtauben

Die aktuelle Corona-Situation ist für viele von uns eine schwierige Zeit. Schnell vergisst man in dieser, dass es nicht nur Menschen sind, die akut von Nöten betroffen sind. Auch die Nachfahren der einst ausgesetzten Haustiere, die Stadtauben, leiden unter leeren Straßen und damit nicht vorhandenem Futter. Diese Tiere sind nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen, da der Mensch sie einst in seine Abhängigkeit züchtete. Die natürliche Nahrung von Tauben besteht hauptsächlich aus Körnern und Samen, die in den Städten kaum vorhanden sind. Somit haben die Tauben keine Möglichkeit, in Städten an artgerechtes Futter zu gelangen, und sind darauf angewiesen, sämtliche Essensreste der Menschen zu fressen. Doch selbst diese finden sie in der aktuellen Situation kaum noch.

Tauben wurden über Jahrhunderte vom Menschen zu leistungsfähigen Brutmaschinen gezüchtet, sodass sie selbst in den kalten Wintermonaten Fortpflanzung betreiben. Ob es die natürlichen Lebensbedingungen erlauben oder nicht, ist egal. Dieses unnatürliche Verhalten hat der Mensch erschaffen. Bei frei lebenden Stadtauben wird die angezüchtete Vermehrung nur durch eine hohe Jungensterblichkeit gebremst; etwa 90 Prozent der Jungtauben vollenden das erste Lebensjahr nicht. Das ist im Prinzip auch das eigentliche Ziel der Fütterungsverbote. Dass der Mangel an Nahrung Tauben nicht vom Brüten abhält, sondern eher das Gegenteil bewirkt, das wissen die Verantwortlichen. Aber man hofft, dadurch die Taubeltern zu schwächen, sodass sie ihre Jungen nicht mehr durchbringen können. Auch eine ausgewachsene Stadtaube hat längst nicht die von der Natur gegebene Lebenserwartung. Statt 10 - 12 Jahren sind es in der Regel höchstens drei. Da wir als Menschen dieses unnatürliche Verhalten erzeugt haben und damit auch für das Leid verantwortlich sind, welches dadurch entsteht, müssen wir humanere Lösungen finden, als Jungvögel massenhaft sterben zu lassen.

Als kurzzeitige Lösung für die aktuelle Notsituation forderten wir daher eine Aufhebung des Fütterungsverbotes. Auch die aktuelle Krise hat der Mensch über uns gebracht, ebenso wie er am Schicksal der Tauben die Schuld trägt. Wir können nicht als Konsequenz aus unseren Fehlern hilflose Lebewesen leiden lassen. Eine humane Nation beschützt die Schwachen und übernimmt Verantwortung für ihr Handeln. Dazu gehört es, dass man ein empfindungsfähiges Wesen nicht qualvoll verhungern lässt, obwohl es so einfach



wäre, zu helfen. Mit dieser Bitte haben wir dem Ordnungsamt Stuttgart und dem Oberbürgermeister geschrieben. Leider kam nach einem kurzen Briefwechsel keine Reaktion mehr. Wir riefen daher auch unsere Mitglieder*innen und Follower*innen auf, ihrem Ordnungsamt und dem Oberbürgermeister zu schreiben. Dafür erstellten wir eine Briefvorlage auf unserer Website.

Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg ist sich darüber bewusst, dass die Aufhebung des Fütterungsverbotes nur eine kurzzeitige Lösung ist. Überleben mehr Jungvögel, kann dies zu mehr Leid bei den überlebenden Vögeln führen, da die Nahrung knapp ist. Die einzige nachhaltige Lösung sind Taubenschläge, die in den Innenstädten in ausreichender Anzahl errichtet werden müssen. Den Tauben stehen darin artgerechtes Futter und Wasser sowie geeignete Brutplätze zur Verfügung. Durch den Austausch der Taubeneier mit Gipseiern erfolgt eine tierschutzgerechte und nachhaltige Kontrolle der Population. Leider sind die Geschäftsinhaber*innen und Hausbesitzer*innen in Innenstädten häufig nicht bereit, ihre Gebäude für solche Projekte zur Verfügung zu stellen. Deshalb ist es schwierig, Taubenschläge in ausreichender Anzahl zu erstellen. Hier ist dringend mehr Aufklärung erforderlich, um die Bereitschaft für die Mitwirkung zu erhöhen. Langfristig ist dies die einzige nachhaltige Möglichkeit, das Leid und die hohen Populationen zu mindern.

◆ Julia Thielert



„Weihnachtsgans“ und „Osterlamm“?

Warum müssen gerade zu christlichen Festen besonders viele Tierkinder ihr Leben lassen? Wie ist das mit der Lehre von der Nächstenliebe zu vereinbaren?

Wir können es auch anders machen und ein Oster- oder Weihnachtsfest ganz ohne Tierleid gestalten - Alternativen gibt es reichlich, zu allen Festen und auch sonst.

Immer wieder versuchen wir, auf diese Schizophrenie hinzuweisen, indem wir uns darum bemühen, Anzeigen in Zeitungen zu schalten, die auf das Leid der Tiere, gerade an Weihnachten und Ostern, aufmerksam machen und zum Umdenken anregen sollen.

Leider werden unsere Anzeigen von Tageszeitungen und Wochenblatt immer abgelehnt. Man möchte seinen Leser*innen wohl den Appetit am „Gänse- oder Lammbraten“ nicht verderben und auch die Werbekunden, die tierische Produkte anpreisen, nicht verärgern.

Umso erfreulicher, dass die Online-Redaktion des Naturkostmagazins „Schrot & Korn“ wesentlich aufgeschlossener ist. Dort konnten wir vor Weihnachten und Ostern mehrere Anzeigen aufgeben (siehe Fotos).

Mehrmals bekamen wir Rückmeldungen von Leser*innen, die uns mitteilten, wie wichtig sie es finden, dass auf das Leid der Gänse und Lämmer hingewiesen und die Selbstverständlichkeit des Verzehrs tierischer Produkte in Frage gestellt wird.

Das freut uns sehr und zeigt uns, dass diese Form des Protests – gerade in Zeiten einer Pandemie – eine wirksame Methode ist, um unserem Ziel, einer Welt ohne Tierleid, näherzukommen.

◆ Annette Bischoff





Plakataktion – Unser Bus rollt ...

Endlich ist es soweit! Seit Anfang Mai 2021 fährt ein Linienbus, auf dessen Heck unser Plakat zum Thema Speziesismus angebracht ist, auf wechselnden Buslinien durch den Stadtbereich von Stuttgart.

Mit dieser Aktion möchten wir das Leid der Tiere sichtbar machen und auch auf die unterschiedliche Behandlung von Tieren in unserer Gesellschaft hinweisen. Die Unterscheidung in sogenannte „Nutz“tiere und in Tiere, die wir lieben und streicheln, ist willkürlich und abhängig vom Kulturraum.

Wir hoffen, dass diese Botschaft von vielen Menschen gesehen wird, möglichst viele Leute erreicht und zum Nachdenken bringt.

Bis jetzt sind 4 Monate, von Mai bis August, finanziert. Gerne möchten wir den Zeitraum dieser Aktion verlängern. Wenn Ihnen die Botschaft gefällt und Sie genau wie wir gerne hätten, dass der Bus mit dieser Botschaft noch einen

oder weitere Monate länger durch Stuttgart rollt, dann spenden Sie uns bitte unter dem Stichwort „Bus“. 1 Monat kostet 779,00 € (zzgl. MwSt), aber jeder Beitrag – und sei er auch noch so klein – hilft, die Botschaft länger der Öffentlichkeit zu zeigen.

Bankverbindung:
 IBAN: DE60603501300000022349
 BIC: BBKRDE6BXXX
 Stichwort „Bus“

Je länger der Bus rollen kann, umso mehr Menschen können wir erreichen. Bitte helfen Sie uns und vor allem den Tieren! **Herzlichen Dank!**

Bei Sichtung freuen wir uns auch über zugesandte Schnappschüsse von dem Bus an andreab@tierrechte-bw.de.

◆ *Ea Bäurle*

Anträge für mehr „Tierwohl“ im Fleischsektor vom Land Baden-Württemberg im Bundesrat eingebracht

Am 12. Februar 2021 brachte Baden-Württemberg zwei Gesetzesanträge zum Thema Tierwohl im Fleischsektor im Bundesrat ein. Im ersten Antrag geht es um eine erhöhte Überprüfung der Betäubungsanlagen als auch deren Zulassung für den Markt. Bei einem Monitoring von 40 Schlachthöfen im Jahr 2018 gab es bei fast allen Betrieben Beanstandungen; 1/3 der Betäubungsanlagen funktionierten nicht korrekt. Dieser Gesetzesantrag scheint die Reaktion auf diese Ergebnisse sowie die Schlachthofskandale der vergangenen Jahre darzustellen.

Der zweite Antrag sieht die Festlegung eines Mindestpreises für Fleisch vor, um so die ebenfalls massiven Tierschutzverstöße der vergangenen Zeit zu bekämpfen. Dort, wo mehr Geld zur Verfügung steht, könne qualitativ hochwertiger gearbeitet und so mehr Tierwohl garantiert werden.

Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg glaubt nicht, dass das Grundproblem in den zu niedrigen Fleischpreisen liegt. Der Schlachthofskandal in Biberach ist ein gutes Beispiel dafür. Hier handelte es sich um einen kleinen Schlachthof; das Fleisch wurde vom Geschäftsführer Michael Koch in seiner eigenen Metzgerei verkauft. Es handelte sich dabei nicht um Billigfleisch aus Massenproduktionsstrukturen und doch fand man auch in diesen kleinen und regionalen Strukturen das gleiche Ausmaß an Tierquälerei vor (1).

Natürlich befürwortet Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg kurzfristig gesehen alle Schritte, die das Leid der Tiere mindern. Und gerade nicht funktionierende Betäubungsanlagen, wie auch in den Aufnahmen der Schlachthofskandale zu sehen war, führen zu erheblichem Tierleid und einem langen Todeskampf.

Dennoch fanden wir im Gesetzesantrag viele Aussagen, die so nicht unkommentiert stehen bleiben sollten. So heißt es auf Seite 5: „Fleisch zählt seit jeher zu den Grundnahrungsmitteln der Menschen und liefert wertvolles Eiweiß, Vitamine und Mineralstoffe, insbesondere Eisen.“ Mit dieser Aussage wird versucht, den Prozess des Tötens, der letztlich niemals human oder schön sein kann, zu rechtfertigen. Ist es eine moralische Rechtfertigung, dass man etwas schon immer so gemacht hat? Würden wir grundsätzlich so argumentieren, hätten wir heute noch Sklaverei und Frauen dürften nicht wählen oder arbeiten. Sollte es nicht eigentlich Ziel einer sich stetig entwickelnden Gesellschaft sein, auch ihre moralischen Werte regelmäßig zu hinterfragen? Denn kein Tier geht freiwillig in den Tod. Immer wieder gibt es Geschichten von Tieren, die aus dem Schlachthof fliehen. Sie überqueren Bahnleise, Felder und Flüsse und werden

am Ende doch eigentlich immer erschossen (2). Für viele von ihnen war es das einzige Mal, dass sie die Welt außerhalb eines Stalles gesehen haben. Ja, mehr Tierwohl ist immer besser als weniger Tierwohl.

Letztendlich stirbt aber auch mit der besseren Betäubungsanlage und dem geschulteren Personal ein Tier gegen seinen Willen, das nicht hätte sterben müssen. Und letztlich wird dies immer durch eine Form von Gewalteinwirkung wie einem Messerstich passieren. Und genau hier liegt auch das Problem, wieso die Tierquälerei auch im Hochpreissektor wie „bio“ oder „regional“ ständig vorkommt. Ein Mensch, der seinen Unterhalt damit verdient, Stunden am Tag einem lebenden und fühlenden Wesen ein Messer in den Leib zu rammen, muss zwangsweise abstumpfen. Die erhöhten Raten an Depressionen und Selbstmord in diesem Berufszweig sind bekannt.

Am Ende profitiert niemand von dem ewigen Versuch, das Töten irgendwie human erscheinen zu lassen. Die Regierung sollte Gelder lieber in eine gezielte Umstellung auf biovegane Landwirtschaft investieren. Landwirte sollten dazu Beratungen und Subventionen erhalten. Außerdem sollte man in die Bildung der Bevölkerung investieren. Das Wachstum der pflanzlichen Ernährungsweise wird von der Regierung bisher nicht unterstützt. Stattdessen werden Bilder fernab jeder Realität auf Tierprodukte im Supermarkt gedruckt und den Menschen immer wieder vorgegaukelt, wir bräuchten für eine gesunde Ernährung Tierprodukte. Verarbeitetes und rotes Fleisch wurden von der WHO als Karzinogen der Klasse eins definiert (3). Die American Dietetic Association als auch die British Dietetic Association, die größten Verbände aus Experten für Ernährung und Diät in beiden Ländern, haben erklärt, dass eine pflanzliche (vegane) Ernährung sicher und geeignet für alle Lebensabschnitte ist, einschließlich Schwangerschaft. Das bedeutet, wir können offiziell alle Nährstoffe aufnehmen, ohne dass wir Tiere oder ihre Sekrete essen müssen. Die Oxford University veröffentlichte 2016 eine große Studie und kam zu dem Ergebnis: „Plant-based diets could save millions of lives and dramatically cut greenhouse gas emissions“ (4). Und dies sind nur einige Beispiele. Die Liste der Veröffentlichungen von renommierten Universitäten und Ernährungsgesellschaften ist lang.

Auf Seite 6 wird im Gesetzesantrag über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 % diskutiert. Aktuell sind tierische Produkte mit nur sieben Prozent besteuert, während pflanzliche Lebensmittel mit 19 % Mehrwertsteuer belastet werden. Auch hier scheint sich eine deutliche Beeinflus-



Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung, falls dieses Bild ihre Gefühle verletzen sollte.

sung der Bevölkerung zu zeigen, nämlich das Interesse auf Preisbasis zum Tierprodukt zu lenken. Als gravierend ist auch die folgende Aussage einzuordnen: „Außerdem könnte eine Fleischsteuer fälschlicherweise analog zur Zigaretten- und Alkoholsteuer bzw. mit der in Diskussion befindlichen Zuckersteuer mit negativen Gesundheitseffekten assoziiert werden. Dabei leistet Fleisch mit seinem wertvollen Gehalt an tierischem Eiweiß, Vitaminen und Mineralstoffen einen wichtigen Beitrag zu einer ausgewogenen Ernährung des Menschen.“ Diese vollkommen unkritische Einordnung von Tierprodukten für eine gesunde Ernährung ist äußerst verstörend. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist übergewichtig, wir haben in der westlichen Ernährung eher ein Problem mit einer Überversorgung an Eiweiß, als dass man sich um einen Mangel sorgen müsste. Dänemark hat reagiert und die Empfehlung des Fleischverzehr pro Woche von 500 g auf 350 g reduziert. Außerdem wird empfohlen, täglich 100 g Hülsenfrüchte zu essen, die eine pflanzliche Eiweißquelle darstellen (5). Die Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung liegt bei maximal 600 Gramm Fleisch pro Woche, also im Jahr 31 Kilogramm pro Mensch. Der Durchschnittsdeutsche isst aber etwa doppelt so viel Fleisch; im Jahr 2019 waren es 59,5 Kilogramm (6). Die Folgen sind ein stetiger Anstieg an Krankheiten wie Übergewicht, Herz-Kreislauferkrankungen und Diabetes.

Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg begrüßt zwar kurzfristig jede Maßnahme, die das Leid der Tiere verringert. Dennoch sind wir enttäuscht, wie wenig Wissenschaftlichkeit im vorliegenden Antrag zu finden ist und dass in keiner Weise versucht wird, die Förderung der pflanzlichen Lebensweise in die Lösungsstrategie einzubauen. Dabei ist dies unerlässlich für das Wohl der Tiere, das Klima und unsere Gesundheit.

◆ Julia Thielert

Quellen

- 1: **SOKO Tierschutz** (2020) Sie werben mit Tierwohl, Regionalität, echtem Handwerk und eigener Schlachtung. Abrufbar unter: <https://www.soko-tierschutz.org/post/sie-werben-mit-tierwohl-regionalitaet-echt-handwerk-und-eigener-schlachtung>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021.
- 2: **Kölner Stadt-Anzeiger** (2020) Zu Land und zu Wasser - Kuh flieht aus Schlachthof und schwimmt durch Main. Abrufbar unter: <https://www.ksta.de/panorama/zu-land-und-zu-wasser-kuh-flieht-aus-schlachthof-und-schwimmt-durch-main-37609562?cb=1618912793815>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021.
- 3: **World Health Organization** (2015) Cancer: Carcinogenicity of the consumption of red meat and processed meat. Abrufbar unter: <https://www.who.int/news-room/q-a-detail/cancer-carcinogenicity-of-the-consumption-of-red-meat-and-processed-meat>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021.
- 4: **University of Oxford** (2016) Plant-based diets could save millions of lives and dramatically cut greenhouse gas emissions. Abrufbar unter: <https://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/news/201603-plant-based-diets/>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021.
- 5: **Albert Schweitzer Stiftung** (2021) Dänemark: Klimaschutz auf dem Teller. Abrufbar unter: https://albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell/daenemark-klimaschutz-auf-teller?utm_source=nl21-02&utm_medium=email&utm_campaign=w-nl&fbclid=IwAR0SdHQLJWdEAuFngsbDIVtw1krKf9ypzMvmuzUmY311MBxH0RgphGinkq8. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021.
- 6: **Krankenkassenzentrale** (2020) Deutsche essen zu viel Fleisch – Welche Folgen das für die Gesundheit hat. Abrufbar unter: <https://www.krankenkassenzentrale.de/magazin/deutsche-essen-zu-viel-fleisch-welche-folgen-das-fuer-die-gesundheit-hat-115745#>. Zuletzt abgerufen: 20.04.2021.

Vegan leben in Corona-Zeiten

Im Teil-, Dauer- oder Endloslockdown sind wir nun seit gut einem Jahr. Mehr als 80.000 Menschen in Deutschland sind gestorben. Tausende kämpfen um ihr Leben, andere kämpfen um ihre finanzielle Existenz oder um Menschenleben in Krankenhäusern, viele trösten in Altenheimen, andere kämpfen gegen Einsamkeit oder versuchen im Dauer-Home-Schooling mitzukommen und sozial nicht abgehängt zu werden. Treffen mit Freunden, Schulunterricht, Studieren, Sport, Kultur, Familienfeste liegen oft auf Eis. Von Reisen wird „abgeraten“.

Die Ursache der Pandemie

Warum ist es so wichtig, genau jetzt vegan zu leben? Weil kaum jemand über die Ursachen der Pandemie spricht. Die Politik so gut wie gar nicht und die Presse wenig. Die Konsequenzen wären zu unbequem.

Die WHO hat inzwischen in China vor Ort nach dem Ursprung des Corona-Virus gesucht und kam zu dem Schluss, dass Covid 19 durch Tiere auf Menschen übertragen wurde. Entdeckt wurde es auf einem großen Tiermarkt in Wuhan. Fledermäuse und ein anderes Tier seien an der Verbreitung beteiligt gewesen.

Während viel über Impfungen und „Maßnahmen“ gesprochen wird, so hört man hingegen wenig über Vorbeugung weiterer Pandemien, wie zum Beispiel ein Verbot von Tiermärkten, Wildtierhandel und Fleischverzehr. Millionen Tiere sind auf Tiermärkten tot oder lebend eingepfercht, zu einem gefühllosen Lebensmittel degradiert. Und das nicht nur in China, sondern auch bei uns. Reicht es, Ausgangssperren, Impfungen und Schulschließungen zu verhängen, um Pandemien vorzubeugen? Natürlich nicht! Auch durch

die Vernichtung tierischer Lebensräume drohen neue Pandemien zu entstehen.

Um Pandemien vorzubeugen, müssen Tiere in Ruhe gelassen werden. In Freiheit und am Leben. Ausnahmslos und ab sofort.

Sie können dazu beitragen, künftigen Pandemien vorzubeugen, indem Sie sich vegan ernähren.

Im Dauerlockdown: Tiere im Zoo

Wir haben jetzt eine, wenn auch nur sehr kleine, Idee davon, wie es sein muss, ein Leben lang eingesperrt zu sein. Affen, Fische, Krokodile und Giraffen sind im Dauerlockdown. Oft ihrer Heimat entrissen und hinter Gitter und Glasscheiben gesperrt oder im Gefängnis geboren: ihr Lockdown wird nie zu Ende sein. Hier sitzen sie und werden täglich von Besuchern beobachtet, ob sie wollen oder nicht. Oft haben sie nicht einmal eine Rückzugsmöglichkeit.

Erstaunlich ist, dass gerade in Zeiten von monatelangen Schulschließungen Zoos wie die Wilhelma öffnen dürfen. So können sich Kinder statt in der Schule hier treffen, um Tiere, ebenfalls im Dauerlockdown, anzuschauen.

Für alle Beteiligten wäre es großartig, wenn man die Tiere wieder in ihre Heimat zurückbringen würde, wo sie frei leben können. Und die Kinder, die ja in den Zoo, aber nicht in die Schule dürfen, könnte man im Außengehege der Wilhelma unterrichten ... ;-)

Sie können dazu beitragen, den Dauerlockdown zu beenden: Gehen Sie niemals in Zoos.

Vegane Lichtblicke

Vegane Lichtblicke sind, wenn mitten in der Pandemie mutig ein neuer Laden eröffnet, mit Mandelmilch-Cappuccino und veganem Kuchen „to go“, wenn Supermarktketten vor ihrem Eingang Schilder aufstellen: „Selbstgemachtes Veggie-Grillgut“, wenn Müller-Milchreis* nach 40 Jahren endlich auch veganen Milchreis auf den Markt bringt, Lindt* plötzlich vegane Schokolade verkauft, vegane Fischalternativen sich im Kühlregal ausbreiten, wenn Omas ihren Enkeln im Home Schooling erstmals vegane Muffins backen, wenn Kinder ihren Großeltern veganes Fruchteis vorbeibringen, wenn Menschen die erlaubte Kontaktperson zum Chili sin carne auf die Terrasse einladen, vegane Lichtblicke sind Leserbriefe in Zeitungen, die an die Ursache der Pandemie erinnern, und Briefe an die Politiker, die Ursachen zu bekämpfen, wenn Menschen alle tierischen Produkte von ihrem Teller streichen, alle Tiergefängnisse meiden und sich für die Erhaltung der Lebensräume unserer tierischen Erdbewohner einsetzen.

Vielen Dank!

*unbezahlte Werbung



Klößner bringt Tierwohlabgabe voran

Die Landwirtschaftsministerin Julia Klößner bekam im März diesen Jahres grünes Licht vom Bundeslandwirtschaftsministerium für die von ihr geplante Tierwohlabgabe. In einer Studie wurden die rechtlichen Möglichkeiten für diese geplante Preiserhöhung geprüft. Rechtlich möglich sind eine Verbraucherabgabe, eine Mehrwertsteuererhöhung oder ein Fleisch-Soli. Ministerin Klößner plant, mit diesem neu gewonnenen Geld, mehr Platz für die Tiere zu ermöglichen sowie Verbesserungen beim Stallklima, den Lichtverhältnissen und dem Futterangebot. Was Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg bei diesen Maßnahmen fehlt, ist eine zusätzliche Förderung der bio-vegane Landwirtschaft. Außerdem wird nicht einmal die Möglichkeit für Bewegung im Freien in den Tierwohlverbesserungen genannt. Das bedeutet, dass die meisten Tiere weiterhin die Welt außerhalb eines Stalls nur auf dem Weg in den Schlachthof sehen werden.

Der Fleisch-Soli wirft außerdem ein ethisches Problem auf. Denn dieser soll über eine Ergänzungsabgabe auf die Einkommenssteuer in den Bundeshaushalt einfließen. Dadurch würden also auch die Vegetarier*innen und Veganer*innen unter den Steuerzahlenden die Tierhaltung in der Landwirtschaft mitfinanzieren. Das ist besonders bedenklich, wenn man beachtet, dass Veganer*innen bereits 19 Prozent Mehrwertsteuer auf ihre Lebensmittel zahlen, während auf Tierprodukte nur 7 Prozent Steuern erhoben werden.

Die meisten Veganer*innen leben aus ethischen Gründen vegan und lehnen jegliche Form der Tiernutzung ab. Außerdem sparen Veganer*innen durch ihre Lebensweise große Mengen an Treibhausgasemissionen ein und tun der Gesellschaft damit bereits einen Gefallen. Dass sie dennoch deutlich mehr Steuern auf ihre Produkte zahlen, kann bereits als ethisch kritisch eingeordnet werden. Die neue Überlegung, dass sie die Tierindustrie nun direkt mitfinanzieren sollen, ist eindeutig abzulehnen. Auch wenn kurzfristig auch Schritte zu begrüßen sind, welche das Leid der Tiere mindern, sollten jene dafür aufkommen, die dieses Leid verursachen.

Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg favorisiert die Option einer gezielten Verbrauchssteuer, in welcher die Steuer nach Produkt und nicht nach Preis berechnet wird. Denn bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer würden teurere Produkte aus meist besseren Haltungsbedingungen stärker besteuert werden als die noch tierquälere Billigprodukte.

Tierprodukte sind schädlich für unser Klima und bedeuten immer, dass ein empfindungsfähiges Lebewesen durch Gewalteinwirkung getötet wird. Wieso gibt es keinerlei Kampagnen und Projekte seitens der Regierung, den Konsum von Tierprodukten zu reduzieren? Wieso unterstützt die

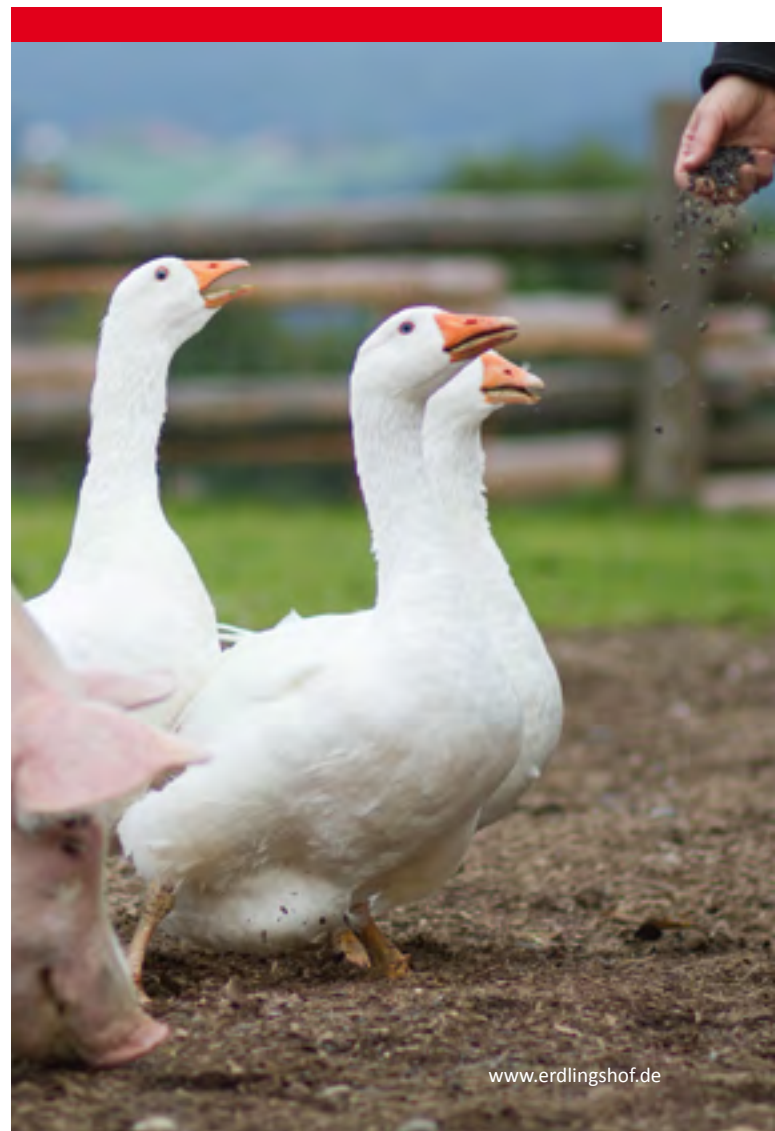
Regierung Landwirt*innen nicht durch Subventionen, wenn sie sich für eine Umstellung auf bio-vegane Landwirtschaft interessieren? Wieso verbietet man keine Werbung, die an Betrug grenzt, wenn Kühe auf freien Weiden in den Alpen grasen? Dies wären Schritte, die sicher auch Veganer*innen gerne mittragen würden.

Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg begrüßt zwar jegliche Schritte für mehr Tierwohl, doch sind die Schritte momentan viel zu klein, gemessen an dem vorhandenen Leid. Für eine bessere Gesundheit der Menschen, eine Erreichung unserer Klimaziele und echtes Tierwohl brauchen wir eine Umstellung auf eine pflanzliche Lebensweise (University of Oxford, 2016). Letztlich wird das Wohl eines Tieres spätestens immer dann enden, wenn der Mensch ihm durch Gewalteinwirkung sein Leben nimmt.

◆ Julia Thielert

Quelle

University of Oxford (2016) Plant-based diets could save millions of lives and dramatically cut greenhouse gas emissions. Abrufbar unter: <https://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/news/201603-plant-based-diets/>. Zuletzt abgerufen: 19.04.2021.



Unsere Verbandsklage gegen die Putenhaltung

In Deutschland werden über 12 Millionen Puten gehalten. 90 Prozent von ihnen leben in Betrieben mit über 10.000 Tieren. 2015 zeigten Aufnahmen aus einem Putenmastbetrieb im Landkreis Schwäbisch Hall massive tierschutzwidrige Zustände in einer Putenhaltung. Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg forderte die Behörde auf, gegen diese schwerwiegenden Verstöße das geltende Tierschutzrecht einzusetzen und die Putenhaltung zu untersagen. Das zuständige Veterinäramt erkannte aber keinen Handlungsbedarf, da es sich um eine „gute Putenhaltung“ handele. Aufgrund dieses konkreten Falls reichte Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg 2017 eine Untätigkeitsklage beim Verwaltungsgericht Stuttgart gegen das Veterinäramt Schwäbisch Hall ein. Finanziell wird diese Klage von der Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt getragen.

Für die Haltung von Puten gibt es keine gesetzlichen Vorgaben, außer das grundsätzlich geltende allgemeine Tierschutzgesetz. Daher ist es besonders wichtig, sich für die Rechte dieser Tiere starkzumachen. Für die meisten Puten ist ihr Leben eine einzige Qual. Sie leiden unter hohen Besatzdichten, unzureichender medizinischer Versorgung und können kaum natürliche Verhaltensweisen ausleben. Auch im Fall Schwäbisch Hall wurden solche Zustände dokumentiert. Die Puten lebten auf ihren eigenen Ausscheidungen,

da ihre Einstreu so stark verschmutzt war. Dadurch konnten sie weder scharren noch picken und sind anfällig für Krankheiten wie Ballenentzündungen.

Jährlich werden in Deutschland etwa 40 Millionen Puten getötet. Der wachsende Trend des Konsums von Putenbrust führte zu einer qualvollen Überzüchtung der Tiere auf viel Brustfleisch. Die Tiere erleiden Entzündungen, Deformationen und Knochenbrüche, da ihr Skelett der schnellen Gewichtszunahme nicht standhält. Verhaltensstörungen findet man bei eigentlich allen Tierarten in der Massentierhaltung. Sie entstehen aus der reizarmen Umgebung, dem wenigen Platz, den meist viel zu vielen Tieren und einer daraus resultierenden sozialen Überforderung und hohen Lautstärke. Ammoniakgeruch und eintöniges Futter reißen sich in die lange Liste ein. Aus all diesen Gegebenheiten heraus fangen die Tiere an, sich gegenseitig zu verletzen. Um das zu vermeiden, verstümmelt man sie vorsorglich. Bei Puten wird zu diesem Zweck die Schnabelspitze kupiert. Ein schmerzhafter Eingriff und ein dauerhafter Schaden, da der Schnabel ein wichtiges Sinnesorgan für Vögel darstellt.

Die Verbandsklage bietet die Möglichkeit, an diesen tierquälenden Zuständen eine grundlegende Änderung zu erwirken.

Eine Übersicht über den aktuellen Klageverlauf

Oktober 2017

- Nach Klageerhebung lehnt das Landratsamt Schwäbisch Hall den Antrag des MfT BW e.V. auf behördliches Einschreiten mit Bescheid ab.

Oktober 2018

- Das Verwaltungsgericht Stuttgart weist die Klage als unzulässig ab. Demnach sei die Untätigkeitsklage verfrüht erhoben worden, denn der Antrag des MfT BW e.V. sei unvollständig gewesen. So hätte der MfT BW e.V. laut VG Stuttgart der zuständigen Behörde alle ihm vorliegenden Informationen preisgeben müssen. Überdies hätte der MfT BW e.V. zunächst Widerspruch gegen den ablehnenden Bescheid erheben müssen. Die Berufung wurde wegen vermeintlich fehlender grundsätzlicher Bedeutung nicht zugelassen.

- Die Rechtsauffassung des VG Stuttgart ist für verbandsklageberechtigte Tierschutzorganisationen problematisch, da diese – anders als die Behörden, die kraft ihrer Hoheit einen Wissensvorsprung haben – auf Informationen von anderen angewiesen sind, die ihre Identität, z.B. aus

Furcht vor Repressalien, nicht preisgeben können (z.B. Whistleblower, Nachbarn).

März 2019

- Der MfT BW e.V. stellt beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg einen Antrag auf Zulassung der Berufung wegen ernstlicher Zweifel an der Richtigkeit des Urteils.

November 2019

- Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg lässt die Berufung gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart zu. Er begründet seine Entscheidung damit, dass für den Antrag einer Tierschutzorganisation keine besonderen Angaben oder Unterlagen erforderlich seien. Der ursprüngliche Antrag des MfT BW e.V. sei ausreichend gewesen.

- Das ist ein wichtiger Etappensieg, da nun feststeht, dass ein anerkannter Verband bei einem Antrag an das zuständige Veterinäramt nicht sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Informationen preisgeben muss (wie z.B. die Identität von Informanten).

Nächste Schritte Verbandsklage – Putenhaltung

- Die Berufung findet nun vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg als höchste Tatsacheninstanz des Landes Baden-Württemberg statt.
- Der MfT BW e.V. wird für das Berufungsverfahren Be-weisanträge vorbereiten.

Rechtlicher Hintergrund

- Durch Qualzucht ist das Leben für diese Puten immer eine Qual.
- Wenn die streitgegenständliche Putenhaltung Standard in Deutschland ist, dann ist die gesamte Haltung von Puten Tierquälerei.
- Das Tierschutzrecht verbietet Leiden, Schmerzen und Schäden ohne vernünftigen Grund.

- Die Tierschutznutztierhaltungsverordnung (Tier-SchNutzV) enthält keine Regelungen zur Putenhaltung. Die einzig zur Putenhaltung existierenden Vorgaben stellen eine freiwillige Vereinbarung – und damit keine gesetzliche Regelung – dar, die vom Lobbyverband VDP (Verband Deutscher Putenerzeuger) initiiert und u.a. von Putenzüch-tern und Bauernverbänden erstellt wurde.

- Wird ein Urteil zu unseren Gunsten gefällt, müsste sich jede deutsche Behörde daran orientieren. Denn es gehört zu den Amtspflichten deutscher Amtsträger, die höchst-richterliche Rechtsprechung zu beachten. Sonst drohen ihnen Disziplinarverfahren oder Schlimmeres, etwa ein Strafverfahren wegen Tierquälerei durch Unterlassen des Einschreitens.

◆ Julia Thielert

Aktueller Stand der End the Cage Age-Initiative

Über 170 europäische Organisationen unterstützen die End the Cage Age-Initiative. Am 11. September 2018 starte-te die Bürgerinitiative und hatte ein Jahr später über 1,4 Millionen Unterschriften für ein Verbot der Käfighaltung in der EU erreicht. Damit qualifizierte sich die Initiative für die Anhörung vor dem EU-Parlament (hierfür werden 1 Millio-nen Unterschriften innerhalb eines Jahres benötigt). Diese Anhörung fand am 15. April 2021 statt. Zuvor hatten die unterstützenden Organisationen, inklusive Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg, soziale Medien und offene Briefe genutzt, um eine möglichst positive Einstel-lung im Parlament zu erwirken.

Um möglichen Kritikpunkten zuvorzukommen, machte den Auftakt ein offener Brief von Dr. Jane Goodall mit 140 weite-ren Wissenschaftler*innen. Diese bekräftigten die Not-wendigkeit der Abschaffung von Käfigen aufgrund unseres aktuellen Wissens über Tierleid und ebenso die Machbar-keit alternativer Systeme.

Darauf folgte ein offener Brief von den Lebensmittelunter-nehmen ALDI Nord, Barilla Group, Fattoria Roberti, Ferrero, Inter IKEA Group, Jamie Oliver Group, Le Groupement Les Mousquetaires, Mondeléz International, Nestlé und Unile-ber. Sie alle unterstrichen in ihrem Brief, dass das Ende der Käfighaltung bei Legehennen nicht nur möglich ist, sondern auch wirtschaftlich Sinn macht. Mit diesem Brief stellten sich die Unternehmen hinter die End the Cage Age-Initiative und lieferten nach der wissenschaftlichen Machbarkeit nun die wirtschaftliche Komponente. Anschließend folgten eine

Briefaktion und ein Twitterstorm. Diese Aktionen richteten sich direkt an die EU-Abgeordneten. Insgesamt wurden 35.000 Tweets gesendet, was einer potenziellen Reichweite von über 3,7 Millionen Ansichten entspricht. Wir bedanken uns hier noch mal bei allen, die uns bei diesen wichtigen Aktionen unterstützt haben.

Am 15. April war dann der große Tag. In einer drei-stündigen Sitzung begrüßten die drei anwesenden EU-Kommissar*innen die Initiative und zahlreiche Mitglieder*innen des Europäischen Parlaments (MEPs) äußerten sich zum Thema. Insgesamt erhielt die Initiative überwältigenden Zuspruch. Norbert Lins, der Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwick-lung (Europäische Volkspartei EVP, Deutschland), stellte am Ende der Anhörung fest, dass die meisten Sprecher*innen die Initiative begrüßen und dass nun die Kommission am Zug sei. Diese hat nun drei Monate Zeit, um sich zum weite-ren Vorgehen zu äußern. Es bleibt also spannend.

Generell kann die Bürgerinitiative als ein großer Erfolg gewertet werden. Als Tierrechtsorganisation stellt diese Initiative für Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg natürlich nur einen Zwischenschritt dar. Dennoch kann sie kurzfristig großes Leid mindern. Außerdem wird in diesem Rahmen der Umgang mit Tieren ethisch hinterfragt und rechtlich diskutiert. Damit werden die Rechte der Tiere ernst genommen und dies ist die Basis, um eines Tages wirkliche Tierrechte zu etablieren.

◆ Julia Thielert

TIERSCHUTZPOLITIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Reaktionen zu den Misständen im Schlachthof Gärtringen

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über die Aufdeckung von gravierenden Verstößen gegen das Tierschutzgesetz im Schlachthof Gärtringen. Rinder, Schafe und Lämmer aus dem Umland wurden brutal behandelt und getötet. Die Organisation SOKO TIERSCHUTZ hatte Ende August 2020 durch Videosequenzen in der Fernsehsendung FAKT veröffentlicht, dass auch in diesem Schlachtbetrieb im Landkreis Böblingen Tiere fehlerhaft betäubt worden waren. Außerdem wurde in den Treibgängen mit Stangen auf sie eingepöbeln und weiteren Torturen ausgesetzt, die wir hier nicht näher beschreiben möchten. Die Aufnahmen waren im Juni und Juli an 12 Tagen heimlich gedreht worden und führten neben einem großen Medienecho zu gravierenden Folgen. Die Kreiszeitung Böblinger Bote berichtete wochenlang ausführlich über das weitere Vorgehen der Schlachthofbetreiber sowie politische Reaktionen.

Die SOKO TIERSCHUTZ hatte der Staatsanwaltschaft Stuttgart das komplette 100-stündige Filmmaterial übermittelt und Strafanzeige gegen den Betrieb erstattet, ebenso die Landesbeauftragte für Tierschutz, Dr. Julia Stubenbord. Ende Januar 2020 hatte sie ein anonymes Brief eines Insiders mit Hinweisen auf die grauenvollen Zustände im Gärtringer Schlachthof erreicht. Diese Meldung hatte sie an die zuständigen Stellen weitergeleitet, unter anderem an das Landwirtschaftsministerium; außerdem stellte sie Anfang Februar bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart Strafanzeige. Ende August, also kurz vor Veröffentlichung des Videos, wurde das Verfahren jedoch wegen nicht ausreichender Beweislage eingestellt. Dabei waren bereits 2018 durch das Landratsamt bauliche Mängel und die Einhaltung von rechtlichen Bestimmungen angemahnt worden, im Januar 2020 hatte die Veterinärbehörde außerdem den Austausch der Betäubungsanlage für Schweine angeordnet. Alle Auflagen waren jedoch ignoriert worden.

Konsequenzen am Schlachthof

Landrat Roland Bernhard ließ den Betrieb mit Verfügung vom 4. September schließen. Erst nach Vorlage eines Gesamtkonzepts könne das genossenschaftliche Unternehmen wieder öffnen. Die Vertreter des Schlachthofs wurden vom Landrat zu einer Krisensitzung eingeladen. Als erste Maßnahmen wurden vorgeschlagen, die Tierzahlen zur Entlastung der Mitarbeiter um ein Viertel zu verringern und bauliche Verbesserungen in Angriff zu nehmen. Um diese Aufgaben sollte sich ein neu gegründeter Arbeitskreis kümmern und einen Neuanfang schaffen. Man wolle ehrgeizige Ziele verfolgen, also für die Tiere eine möglichst stressfreie

Situation schaffen. Dabei sollen die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse der Tierpsychologie und Verhaltensforschung helfen. Die alte Betäubungsanlage wird ersetzt, eine ständige Videoüberwachung soll installiert sowie konkrete Arbeitsabläufe entwickelt werden, die ein Fehlverhalten ausschließen. Auch der Einsatz von mobilen Anlagen, sogenannten Weideschlachtungen, soll geprüft werden. Der bisherige Geschäftsführer Dengler gab später bekannt, dass er Ende des Jahres aufhören würde. Mit einer Wiedereröffnung des Schlachthofs wird Mitte 2021 gerechnet.

Politische Reaktionen

Besondere Brisanz erhielt das Geschehen, nachdem in den Medien veröffentlicht worden war, dass sich Landwirtschaftsminister Peter Hauk MdL (CDU) persönlich in den Fall eingeschaltet hatte und dabei auf die gemeinsame Parteizugehörigkeit hingewiesen wurde. Die Opposition sprach deshalb von Klängelei, forderte nähere Aufklärung und sogar den Rücktritt des Ministers. Denn der Geschäftsführer des Betriebs, Wilhelm Dengler, ist zugleich Vorsitzender des CDU-Arbeitskreises Landwirtschaft in Jettingen. (Von dieser Position trat er Mitte September zurück!) Auf seine Einladung hatte Minister Hauk am 29. Januar 2020 an einem Fachgespräch vor Ort teilgenommen. Bereits am 10. Februar stattete er einen weiteren Besuch bei der Genossenschaft in Gärtringen ab. Dabei sei die damals schon bekannt gewesene anonyme Anzeige zwar kurz besprochen worden, jedoch nicht Anlass des Treffens gewesen. Einige Tage später wurde das mehrfach vom Landrat verhängte Bußgeld von insgesamt 14.000 Euro auf Weisung des Regierungspräsidiums Stuttgart bis auf Weiteres ausgesetzt. Diese Maßnahme wurde jedoch später wieder zurückgenommen beziehungsweise muss nach der Schließung nicht mehr bezahlt werden. Auf Rückfrage der Zeitung bestätigte Hauks Pressesprecher, dass sich der Minister persönlich für den Schlachthof und die Aussetzung des Bußgelds eingesetzt habe. Als Begründung nannte er die wichtige Funktion des regionalen Schlachthofs gerade zu Zeiten der Coronapandemie. Außerdem seien damals die im Video gezeigten Tierschutzverstöße nicht bekannt gewesen. Im Kommentar der Zeitung stellte man verwundert fest, dass sich ein Landesminister um einen regionalen Schlachthof kümmert und seine schützende Hand über dessen Betreiber halten würde. Die Opposition würde diesen Vorgang im bevorstehenden Wahlkampf sicherlich nutzen. Und deshalb musste sich Minister Hauk am 13. Oktober in einer **Sondersitzung des Agrarausschusses**, der im Fernse-



Katze, Huhn und Ziege sind Tiere vom Erdlingshof – www.erdlingshof.de

hen übertragen wurde, den kritischen Fragen stellen. Hauk bestritt einen „Freundschaftsdienst“ für den Parteifreund Dengler. Er räumte allerdings ein, dass er von ihm über die finanziell prekäre Situation des Schlachthofs informiert und um Hilfe gebeten worden sei. In der Debatte ging es dann vor allem um den Einsatz der Betäubungsanlage, die anstatt der vorgeschriebenen 4 Sekunden Strom mit nur ca. 2,5-3,5 Sekunden völlig unzureichend ist und Tiere beim Schlachten dadurch nicht immer betäubt sind. Ein Abgeordneter kritisierte, dass 2018 bei einem Monitoring von 40 großen Schlachthöfen in Baden-Württemberg fast alle Beanstandungen aufgewiesen hätten, und einige davon nach zwei Jahren noch immer nicht behoben seien. „Verstöße werden offensichtlich nicht konsequent geahndet.“ Viele strittigen Punkte blieben in dieser Sitzung weiterhin offen.

Der **Landesverband der Freien Wähler** hatte umgehend eine sofortige Einberufung des Landesbeirats für Tierschutz gefordert. Die Sitzung fand auf Einladung des Ministeriums am 22. Oktober ebenfalls online statt, war aber wie immer nicht öffentlich.

Die Stuttgarter Nachrichten und Partnerzeitungen berichteten am 27./28. Oktober ausführlich über die von Amtstierärzten erstellte Mängelliste der Schlachtbetriebe, die weiterhin für große Aufregung sorgen würde. Der agrarpolitische Sprecher der **FDP/DVP**, Klaus Hoher, führte an, es sei seit einem Jahr bekannt, dass es in all diesen Unternehmen katastrophale Missstände gegeben habe, vor allem Defizite bei der Schlachttechnik. Erst nachdem der Minister unter Druck geraten sei, wurden vom Agrarministerium die Unterlagen mit 438 Beanstandungen an die Mitglieder des Agrarausschusses versandt. Selbst der Landtag war seinerzeit unter Hinweis auf Datenschutz nur pauschal unterrichtet worden. Auch die Landestierschutzbeauftragte Dr. Julia Stubenbord hatte diese Dokumente erst vor Kurzem erhalten. In einer Vielzahl der Fälle stellte sie dabei augenscheinlich enthaltene Tierschutzverstöße fest. Gemeinsam mit der Tierärztekammer hatten sie in einem Positionspa-

pier unter anderem eine Videoüberwachung in Schlachthöfen gefordert.

Der tierschutzpolitische Sprecher der **SPD**, Jonas Weber MdL, hatte in der Sitzung des Agrarausschusses die massiven Probleme bei den Betäubungen kritisiert. Er forderte deshalb mit seinem Antrag vom 22. Oktober und einer Kleinen Anfrage vom 9. Februar weitere Stellungnahmen des Ministeriums an. Unter anderem wollte er genauere Auskünfte über die in Gärtringen beanstandete Betäubungsanlage der Firma Fuhrmann und in welchen weiteren Schlachthöfen in Baden-Württemberg dieselbe oder baugleiche des Herstellers eingesetzt sind. Die Anfragen und Stellungnahmen des Ministeriums sind im Internet nachzulesen unter Drucksache 16/9111 und 16/9908.

Auch **DIE GRÜNEN** blieben nicht untätig. Ihre tierschutzpolitische Sprecherin, Thekla Walker MdL, führte in ihrer Pressemitteilung vom 31. August an: „Es ist unverständlich, dass die Aufklärung in beiden Fällen (Anm. Red.: Tauberbischofsheim und Gärtringen. Biberach war noch nicht bekannt) über Tierschützer erfolgen musste und nicht über die staatlichen Kontrollstellen.“ Außerdem lud sie zum tierschutzpolitischen Austausch am 10. Dezember ein. In ihrem Einladungsschreiben hatte sie bereits über ihre Initiative zu einer Machbarkeitsstudie von Künstlicher Intelligenz im Schlachtvorgang informiert, mit der Tierschutzverstöße in Echtzeit aufgedeckt werden können. Sie konnte sich erfolgreich dafür einsetzen, dass im Nachtragshaushalt im Rahmen des Pakets für Zukunftstechnologien 1,5 Mio. für die Fortführung der Studie in einem Pilotprojekt an einem baden-württembergischen Schlachthof bereitgestellt werden. In der Online-Diskussion, an der auch Veterinäre teilnahmen, wurde schwerpunktmäßig über den fehlenden Tierschutz in Schlachthöfen diskutiert und praktikable Vorschläge für eine Verbesserung eingebracht.

Veterinäre wehren sich

Der Präsident der Landestierärztekammer, Dr. Thomas Steidl, kritisierte am 4. Dezember in einem Pressebericht

zu den Schlachthofskandalen Minister Hauk heftig. Seit vielen Jahren forderten die Tierärzte mehr Personal, um ihre Aufgabe in den Schlachthöfen ordnungsgemäß erfüllen zu können. Aber „wir sind nie gehört worden.“ Außerdem tue man sich mit dem Ministerium schwer, da dort landwirtschaftliche Interessen im Vordergrund stünden. Eine permanente Aufsichtspflicht in Schlachthöfen, wie von Minister Hauk behauptet, sei objektiv falsch und würde nur für die Lebensmittelkontrolle bestehen.

Die Aufdeckung der Schlachthof-Skandale und die damit verbundene politische Aufregung um die persönliche Einschaltung von Minister Hauk erwies sich für den Tierschutz insofern positiv, als dass das Thema Schlachten und die miserablen Zustände in den Schlachthöfen mit zudem systembedingten unzureichenden Betäubungsanlagen deutlich ins Bewusstsein sowohl der Politik rückte als auch durch die immer neuen Medienberichte in die Öffentlichkeit. Der für Tierschutz zuständige Minister muss endlich handeln.

◆ Ingeborg Livaditis

83. Sitzung des Landesbeirats für Tierschutz

Am 30. November 2020 fand die 83. Sitzung des Landesbeirats für Tierschutz beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz als Online-Konferenz statt. Aufgabe dieser Sitzung ist es, das Ministerium in Tierschutzfragen zu beraten und Problematiken im Tierschutzbereich zu diskutieren.

Wie zu erwarten, standen vor allem die **Schlachthofskandale in Baden-Württemberg** im Fokus der Sitzung. Nach dem Betrieb in Tauberbischofsheim, der nach Aufdeckung von Tierquälereien und unzureichender Betäubung 2018 geschlossen wurde, reihten sich in diesem Jahr weitere von der SOKO TIERSCHUTZ in den Medien veröffentlichte Skandale aus Gärtringen und Biberach in diese traurige Kette ein. Wie Minister Hauk in seiner Pressemitteilung vom 10. Dezember über die Sitzung des Landestierschutzbeirats mitteilte, hatte sich dieser bereits am 22. Oktober 2020 in einer Sondersitzung mit den aktuellen Vorfällen befasst. Der Landesbeirat für Tierschutz wird sich insbesondere in den Dialogprozess zur Verbesserung des Tierschutzes in den Schlachtbetrieben in einer eigenen Arbeitsgruppe einbringen. Ein „Runder Tisch“ sei geplant mit Vertretern der Politik, der Verwaltung, der beteiligten Branchen und des Tierschutzes. Auch wir werden daran teilnehmen.

Ein weiterer Besprechungspunkt war die Situation der Kälber. Gerade der **Transport von nicht abgestillten Kälbern** über häufig weite Strecken wird öffentlich stark kritisiert. In Baden-Württemberg mangelt es außerdem an ausreichend Versorgungsstationen. Über die rechtlichen Möglichkeiten eines Verbotes des Transports von nicht abgestillten Kälbern wurde diskutiert.

Ein weiteres relevantes Tierschutzproblem, welches sich zu Zeiten von Corona und zur Weihnachtszeit noch verschärft hatte, waren die illegalen **Welpentransporte**. Hundewelpen werden häufig unter erbärmlichsten Bedingungen in **Vermehrungszuchten** in Osteuropa gezüchtet und dann europaweit meist über das Internet verkauft. Auch in Baden-Württemberg werden immer wieder solche Transporte angehalten. Meist sind diese Tiere krank, nicht ausreichend

geimpft und deutlich zu jung. Diese Transporte verstoßen damit gegen tierschutzrechtliche Auflagen. Für die Polizei ist eine rechtliche Klärung meist schwierig. Rückmeldungen an die Herkunftsländer und Internetplattformen führen selten zu drastischen Maßnahmen.

Die Leidtragenden sind die Tierheime, welche die Flut an kranken und nicht geimpften Tieren auffangen müssen, als auch die Welpen und ihre Elterntiere (auch diese fristen ihr Leben eingesperrt in traurigsten Verschlägen und sehen nie die Welt außerhalb von diesen). Als Fazit wurde, wie der Minister in seiner Pressemitteilung bekannt gab, eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Veterinärämtern und Staatsanwälten empfohlen. Außerdem sollte die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Tierschutz geprüft werden, um solche Fälle rechtlich besser aufarbeiten zu können.

Auch wurde über **Qualzuchten** wie Mops, Französische Bulldogge und Chihuahuas gesprochen, die trotz der bekannten Gesundheitsprobleme massenhaft angeboten werden. Hier wurde vor allem Aufklärung in der Bevölkerung angeregt, denn diese treiben den Markt letztlich an.

Wir vertreten die Auffassung, dass die Anschaffung eines „Haustieres“ immer gut überlegt werden sollte. Tiere eignen sich nicht als Geschenke. Sie brauchen lebenslang gute Pflege und Zuwendung. In unseren Tierheimen warten viele Tiere auf ein gutes Zuhause. Sie haben eine Chance verdient.

Da der Beirat nur eine beratende Funktion hat, können zwar Anregungen gegeben werden, allerdings liegt es nicht in der Macht des Beirats, die Umsetzungen der Empfehlungen durchzuführen. Für eine Tierrechtsorganisation wie die unsere sind viele der angesprochenen Themen und auch Diskussionen oftmals weit von dem entfernt, was wir uns wünschen. Jedoch versuchen wir dort, wo es möglich ist, Verbesserungen für die Tiere zu erwirken, während wir uns langfristig weiter für die Abschaffung jeglicher Tierausbeutung einsetzen.

◆ Julia Thielert

Die Stop Finning Bürgerinitiative

Seit April 2021 sind wir offizielle Unterstützer der Stop Finning Bürgerinitiative. In Europa ist der Handel mit losen Haiflossen erlaubt, nur die 12 durch CITES geschützten Haispezies dürfen nicht gehandelt werden. Eine Identifizierung nach Arten gestaltet sich beim Handel mit Flossen schwierig. Daher werden bei großangelegten Kontrollen auch immer wieder geschützte Arten gefunden. Ob geschützt oder nicht, für das Individuum bedeutet die Entfernung der Flossen immer eine Qual. Beim Finning werden die Flossen den Haien bei lebendigem Leib abgeschnitten. Meist wurden die Haie danach ohne Flossen zurück ins Meer geworfen, da ihr Fleisch keinen Wert darstellte. Ohne Flossen sinken Haie auf den Meeresgrund. Hier ersticken sie, verbluten oder werden bei lebendigem Leib gefressen. Die Flossen werden vor allem im asiatischen Raum als Haiflossensuppe verzehrt. Für die als Delikatesse geltende Suppe mit wenigen Gramm Flossen werden bis zu 90 Euro verlangt. Im Jahr 2013 erließ die EU ein Verbot des Finnings auf den Fangschiffen. Nun mussten die Haie erst an Land mitgenommen werden, bevor man ihre Flossen abtrennte. Dadurch stieg der Handel mit dem Fleisch der Haie, welches zuvor im Vergleich zu anderen Fischarten wertlos war. Meist werden aber nur 1 - 3 % der Schiffe kontrolliert, daher lässt sich schwer beurteilen, wie viele Haie wirklich erst an Land ihre Flossen entfernt bekommen. Auch hier bedeutet der Eingriff ohne Betäubung Schmerzen und endet mit dem Tod des Tieres.

In Europa werden jedes Jahr Millionen von Haien gefangen. Spanien ist eines der führenden Länder als Händler von Haiflossen. 2013 wurden dort 48.888 Tonnen verschiedener Haispezies als gefangen gemeldet. Die Nachfrage nach Haifleisch steigt stetig. In Europa gibt es keine Schonzeiten oder Auflagen für ihre Jagd. Spanien und Italien gehören zu den Hauptkonsumenten von Haifleisch, aber auch Deutsch-



land importiert Haifleisch. 2014 waren es 296 Tonnen. Es kommt hauptsächlich aus Namibia, Vietnam und Indonesien. Diese Länder haben kaum Überwachungen oder Kontrollen in ihrer Fischerei, was für die Tiere meist einen langsamen und qualvollen Tod bedeutet. Auch Öl für Kosmetik (Squalan) wird teilweise aus Haileber gewonnen, weshalb man hier auf den Kauf veganer Kosmetik achten sollte.

Sie können helfen

Der Handel mit abgetrennten Haiflossen in der EU muss verboten werden. Da die Haie hauptsächlich wegen ihrer Flossen gejagt werden, wäre auch zu hoffen, dass so auch der Handel ihres Fleisches sinkt. Damit würde die Jagd auf sie deutlich abnehmen. Seit 2012 besteht in der EU die Möglichkeit, sich mit einer europäischen Bürgerinitiative direkt an die Europäische Kommission zu wenden und Gesetzesänderungen anzuregen. Insgesamt müssen in einer solchen Initiative mindestens eine Millionen Unterschriften innerhalb eines Jahres zusammenkommen. Die benötigte Mindestanzahl beträgt etwa das 750-fache der Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlamentes dieses Staates – in Deutschland sind es so 72.000 Unterschriften. Wird die benötigte Anzahl an Unterschriften innerhalb des Zeitraums erreicht, so besteht für die Europäische Kommission Anhörungspflicht und der Bürgerausschuss kann seine Initiative bei einer öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament vorstellen. Innerhalb von drei Monaten wird die Europäische Kommission anschließend eine Antwort über das weitere Vorgehen geben. Bisher sind etwa 20 % der nötigen Unterschriften erreicht. Daher ist Ihre Unterschrift so wichtig. Bitte unterzeichnen Sie online die Initiative und teilen Sie sie mit Familie und Freunden: <https://eci.ec.europa.eu/012/public/#/screen/home>

Mehr Informationen zu der Bürgerinitiative finden Sie hier: <https://www.stop-finning-eu.org/de/>

♦ Julia Thielert

Tierversuche – Das Auf und Ab der letzten Monate

Im letzten Jahr gab es bezüglich Tierversuchen in Baden-Württemberg zunächst erfreuliche Nachrichten. Das Hochschulgesetz wurde novelliert und befasste sich unter Paragraph 30a mit Tierschutz in der Lehre. Dieser Paragraph besagt, dass Tierversuche nur noch durchgeführt werden dürfen, wenn keine tierfreie gleichwertige Lehrmethode existiert.

Die Universität Hohenheim als auch die CDU-Landesfraktion befürchten jedoch einen Einbruch in der Qualität der Ausbildung. Dass diese Befürchtung nicht begründet ist, belegten wir mit wissenschaftlichen Fakten in einem Brief an die Universität Hohenheim, die CDU-Landesfraktion und versendeten auch eine entsprechende Pressemitteilung. Es liegen bereits viele Studien vor, die die Effektivität alternativer Lehrmethoden mit der von Tierversuchen verglichen haben und positive Ergebnisse für humane Forschungsmethoden gezeigt haben (1).

Zusammenfassend zeigen diese Studien, dass humane Unterrichtsmethoden keinen Nachteil in der Ausbildung bedeuten. Häufig scheinen Studenten*innen davon sogar zu profitieren. Gründe hierfür liegen auch darin, dass es für viele Studenten*innen verstörend sein kann, Tieren bewusst Leid zufügen zu müssen. Auch in diesem Bereich gibt es Studien, die auf psychische Belastungen hinweisen, aber auch auf eine zunehmende Verrohung und Respektlosigkeit gegenüber den lebenden Versuchstieren (2). Das ist besonders bei späteren Tierärzten*innen eine verstörende Eigenschaft, die durch den Einsatz von lebenden Tieren gefördert wird. Auch den Tieren selbst, welche als empfindungsfähige Lebewesen teils schmerzhaften und beängstigenden Prozeduren ausgesetzt sind und zu bloßen Lernobjekten degradiert werden, wollen wir hier eine Stimme geben.

In der Hochschulausbildung und zur Verbesserung, Erwerb oder Erhaltung beruflicher Fähigkeiten wurden 2019 7.983 Tiere in Baden-Württemberg eingesetzt. Um diesen Zahlen etwas mehr Charakter zu geben, hier die Tierarten, die sich hinter dieser Zahl verbergen: 4.678 Mäuse, 1.772 Ratten, 40 Meerschweinchen, 1 Goldhamster, 8 mongolische Rennmäuse, 2 nicht definierte Nager, 22 Kaninchen, 27 Hunde, 117 Schweine, 4 Ziegen, 122 Haushühner, 155 Krallenfrösche, 840 Zebraquallen und 184 andere Fische. Es ist für Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg absolut unverständlich, wie man sich im Angesicht dieser vielen Tiere, die für die Ausbildung leiden und oft auch sterben müssen, derartig gegen ein Gesetz wehren kann, welches lediglich auf deren Verminderung ausgerichtet ist.

In Rheinland-Pfalz wurde das Hochschulgesetz bereits im Oktober 2020 geändert, was Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg sehr begrüßt. Die am 8.12.2020 vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

veröffentlichte Tierversuchsstatistik vom Jahr 2019 war dann leider wenig erfreulich. Die Zahl der Tierversuche stieg erheblich an. 2.202.592 lebende Tiere wurden in Versuchen eingesetzt, über 50.000 der eingesetzten Tiere wurden zudem mehrfach in Tierversuchen verwendet. Hinzu kommen noch 669.756 Tiere, die für die Entnahme von Gewebe oder Organen getötet wurden. Insgesamt wurden 77.282 mehr Tiere als im Jahr zuvor genutzt (3). Mit 482.240 in Tierversuchen eingesetzten Wirbeltieren und Kopffüßern belegt Baden-Württemberg den zweiten Platz in der Bundesrepublik. Noch mehr Tiere setzte nur Bayern ein (563.468). Anzumerken ist dazu noch, dass hier noch nicht die wiederholt eingesetzten Tiere erfasst sind. 16.231 Tiere wurden in Baden-Württemberg wiederholt in Tierversuchen eingesetzt. Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg sieht diese Zahlen als traurige Bilanz einer Politik, die bei der Implementierung einer wirkungsvollen Reduktion der Tierversuchszahlen versagt.

Die EU-Richtlinie 63/2010 besagt, Tierversuche auf lange Sicht zu beenden und wenn möglich, alternative, tierfreie Methoden zum Einsatz kommen zu lassen. In der Praxis passiert in Deutschland aber wenig, um diese Richtlinie umzusetzen.

Die Niederlande sind uns hier zum Beispiel weit voraus. 2016 haben diese bereits eine Gesamtstrategie entwickelt, um einen systematischen Abbau der Tierversuchszahlen zu realisieren. In Deutschland fehlt ein konkreter Plan, wie die EU-Richtlinie realisiert werden soll. Ohne diesen passiert, wie es zu erwarten war, auch so gut wie nichts, um Tierversuche zu reduzieren. Dass die EU-Richtlinie in der Praxis kaum Umsetzung findet, sieht man gut am Beispiel der 74.520 Kaninchen, welche 2019 für auf Blutbasis produzierte Produkte wie Antikörper genutzt wurden. Dafür gibt es schon seit Jahren tierversuchsfreie Methoden. Es mangelt an umgehenden Sofortverboten, konkreten Zielvereinbarungen mit Ausstiegsdaten und schnelleren Anerkennungsverfahren für tierversuchsfreie Methoden. Die Regierung muss eine Gesamtstrategie für einen systematischen Abbau der Tierversuchszahlen entwickeln und umsetzen. Die Bilder aus dem Laboratory of Pharmacology and Toxicology (LPT) schockierten die Welt. Beagles, die für Giftigkeitstests in ihrem eigenen Blut lagen; es sind diese Einzelschicksale, die uns berühren. Man vergisst sie schnell hinter den immensen Zahlen. 2019 wurden 3.519 Hunde in Tierversuchen in Deutschland eingesetzt, die Hälfte von ihnen in gesetzlich vorgeschriebenen Versuchen wie Giftigkeitstests. Schicksale wie die der Tiere im LPT ereignen sich täglich für Tausende von Tieren in Deutschland. Und selbst wenn die Tiere die Versuche überleben, werden sie danach meist trotzdem getötet, obwohl sie weiterleben könnten. Es wird Zeit, sich von diesen lebensverachtenden Praktiken abzuwenden

und endlich konkrete Pläne aufzustellen, wie der Ausstieg aus dem Tierversuch umzusetzen ist. Zu Jahresbeginn 2020 wurde zu diesem Zweck auch ein Bündnis aus insgesamt 15 Tierschutz- und Tierrechtsvereinen gegründet und die gemeinsame Kampagne „Ausstieg aus dem Tierversuch. JETZT!“ gestartet. Die Verbände fordern von der Bundesregierung eine Gesamtstrategie für einen Systemwechsel vom wissenschaftlich fragwürdigen Tierversuch hin zu einer modernen, humanrelevanten Wissenschaft des 21. Jahrhunderts. Dabei ist eine Umschichtung der Fördergelder dringend erforderlich.

◆ Julia Thielert

Wissenschaftsministerium fördert Alternativmethoden zu Tierversuchen

Endlich gibt es von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (GRÜNE) weitere positive Meldungen zur Förderung des Tierschutzes durch die Entwicklung und den Einsatz von neuen wissenschaftlichen Methoden. Über die ersten Projekte, beispielsweise die Einrichtung einer Juniorbrückenprofessur „Organ-on-a-Chip“, hatten wir bereits in unserem Magazin 1/20 berichtet, ebenso über die Entwürfe zur Änderung des Hochschulgesetzes.

Gründung eines „3R-Netzwerkes in Baden-Württemberg“

Am 8. Februar d. J. stellte die Wissenschaftsministerin in einer ausführlichen Pressemitteilung den Aufbau eines landesweiten und flächendeckenden 3R-Netzwerkes vor. Das 3R-Prinzip bedeutet, Tierversuche zu verbessern, zu verringern oder ganz zu vermeiden (refine, reduce, replace). Gemeinsam mit dem im Frühjahr 2020 gegründeten „3R-Center für In-vitro-Modelle und Tierversuchsalternativen“ in Tübingen/Reutlingen werden künftig vier weitere Zentren das Grundgerüst dieses Netzwerkes bilden: das „3R-Zentrum Rhein-Neckar“ der Universität Heidelberg mit dem Zentralinstitut für Seelische Gesundheit Mannheim, das „3R-US Netzwerk“ der Universität Stuttgart und des Robert-Bosch-Krankenhauses, das „CAAT-Europe“ (Center for Alternatives to Animal Testing in Europe) der Universität Konstanz mit der Johns Hopkins University und das „Interdisziplinäre Zentrum zur Erforschung von Darmgesundheit“ an der Universität Heidelberg.

Als Anschubfinanzierung stellt das Wissenschaftsministerium 3,8 Mio. Euro zur Verfügung, das sind 70 Prozent der Gesamtkosten, 30 Prozent tragen die Hochschulen als Eigenbeitrag. Das Vorhaben soll tragfähige Strukturen aufbauen, die vorhandene Expertise bündeln und eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Thema gewährleisten. Drei weitere Forschungsprojekte der Universitäten in Heidelberg, Ulm und Freiburg sollen eingebunden werden.

Quellen

- (1) Knight, A. (2011). *The costs and benefits of animal experiments*. Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan.
- (2) Woon, S. (2012). *A veterinary student's perspective on educational animal use and the potential for humane alternatives*. ALTEX Proceedings.
- (3) Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2020). *Verwendung von Versuchstieren im Jahr 2019*.

Zusätzlich gefördert werden zwei Projekte aus dem Bereich Aus- und Weiterbildung an der Hochschule Reutlingen und an der Universität Ulm.

Ergänzt wird das Netzwerk durch die im Jahr 2018 vom Land mitfinanzierte Juniorbrückenprofessur „Organ-on-a-Chip“ zwischen der Universität Tübingen und dem Fraunhofer-Institut für Grenzflächen- und Bioverfahrenstechnik IGB in Stuttgart. Diese beschäftigt sich mit der Entwicklung und Anwendung von neuartigen Organ-on-a-chip-Systemen. Dabei handelt es sich um die Simulation von Organen als Zellkultur auf einem Chip.

Wir freuen uns sehr darüber, dass sich Wissenschaftsministerin Theresia Bauer nach vieler Kritik und konstruktiven Vorschlägen, nicht zuletzt durch unseren Verein, nunmehr für den Tierschutz und damit gleichzeitig für eine zukunftsorientierte, tierfreie Forschung einsetzt.

Die komplette Pressemitteilung mit den einzelnen Projekten steht im Internet unter: Landesweites Netzwerk bringt Tierschutz und Forschung voran.

◆ Ingeborg Livaditis

Beagle sind beliebte Versuchstiere in Tierversuchslaboren



Konsequent tierleidfrei und nachhaltig mit bioveganem Anbau

Wenn wir an Veganismus denken, wissen wir sofort, dass dabei keine tierischen Produkte wie Fleisch, Eier oder Milch gegessen werden. Aber wer Tierleid nach Möglichkeit komplett vermeiden möchte, sollte auch auf die Produktionskette der Lebensmittel achten. Denn in der Landwirtschaft werden vielerlei tierische Stoffe für die Erzeugung von Pflanzen verwendet.

Zum Beispiel sind Mist, Gülle, Horn oder Wolle ausgezeichnete Nährstofflieferanten für das Pflanzenwachstum. Gerade Mist und Gülle sind gern verwendete Dünger in der nicht-veganen Landwirtschaft, egal ob konventionell oder bio-zertifiziert. Dabei sollte bedacht werden, dass die Tiere keine neuen Nährstoffe ins System bringen, denn die primären Lieferant*innen dafür sind Pflanzen im Zusammenspiel mit dem Bodenleben. Der Unterschied zu pflanzlichem Material besteht nur in der Qualität und Konzentration, in denen die Nährstoffe vorhanden sind.

Ökologisch stellen die tierischen Dünger mittlerweile ein Problem dar, da durch die massenhafte Haltung von Tieren wesentlich zu viele Exkrememente anfallen und der Boden überdüngt wird. Es kommt zu Phosphat- und Nitrat-Auswaschungen, die das Grundwasser und andere Gewässer belasten. Das aktuelle Handeln im Agrarsektor führt aber auch zu vielen weiteren ökologischen Problemen.

Hinzu kommt, dass die Landnutzung mit Tierhaltung höchst ineffizient ist. Denn 77 % der weltweit landwirtschaftlich genutzten Gesamtfläche wird für die Produktion von Tierfleisch und -milch verwendet; dabei werden aber nur 18 % der global verbrauchten Kalorien erzeugt¹. Eigentlich logisch, da die Tiere für ihren eigenen Stoffwechsel Energie benötigen, die sie aus ihrem Futter – also Pflanzen – bezie-

hen. Dabei kommt es immer zu einem Wärmeverlust. Die dabei „verlorene“ Energie steht beim Verzehr des Tierfleisches dann nicht mehr zur Verfügung. Man kann also sagen, dass der Umweg über den Tiermagen kalorisch nicht sinnvoll ist, der direkte Weg durch den Verzehr von pflanzlichen Nahrungsmitteln ist effektiver.

Wenn wir innerhalb der planetaren Grenzen Lebensmittel produzieren wollen, wird die Landwirtschaft der Zukunft folgende Punkte beachten müssen:

- keine bzw. wesentlich weniger Haltung von sogenannten Nutztieren
- Bindung von Kohlenstoff im Boden durch angepasste Bodenbearbeitung und Humusanreicherung
- große Anbauvielfalt auf kleinteiligen Flächen
- keine bzw. stark reduzierte Verwendung von Pestiziden
- Erzeugung resilienterer und gesunder Agrar-Ökosysteme

Für diesen Wandel gibt es bereits mehrere Ansätze, von denen einer der biovegane Anbau ist. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass er die Prinzipien der ökologischen Landwirtschaft mit den Idealen des politischen Veganismus koppelt. Das bedeutet also, dass sich biovegane Bäuerinnen und Bauern mindestens an die Bio-EU-Richtlinien halten müssen und gleichzeitig die Überzeugung von Veganer*innen teilen sollten. In der Betriebspraxis bedeutet das:

- keine wirtschaftliche Nutztierhaltung
- keine Verwendung von:
 - tierischen Dünge- oder Betriebsmitteln
 - chemisch-synthetischen Düngemitteln
 - gentechnisch veränderten Organismen
- keine vorsätzliche Tötung oder Verstümmelung von Tieren, d. h. auch Vermeidung von letalem Pflanzenschutz
- Schließen natürlicher Kreisläufe
- Förderung eines stabilen ökologischen Gleichgewichts
- starke Förderung der Biodiversität durch:
 - Einrichten von ökologisch wertvollen Ausgleichsflächen
 - kleinräumige Parzellen
 - Bodendeckung
 - Ackerrandstreifen mit Hecken und Blühpflanzen
- vorbeugender Pflanzenschutz:
 - Gesunde Kulturen auf kleinteiligen Flächen werden nicht bzw. weniger stark von sogenannten Schädlingen befallen und müssen nicht mehr im Übermaß mit Pestiziden behandelt werden.
 - Verwendung von mechanischen Barrieren wie Zäune, Netze, Drahtgitter
 - Ansiedlung natürlicher Feinde
- Humusaufbau durch:
 - Ausbringung von Kompost: Die Kompostwirtschaft spielt eine zentrale Rolle. In gutem Kompost ist die biologische

Weißklee





Senf und Phazelle

Aktivität hoch und Nährstoffe sind gut pflanzenverfügbar.

- Mulchen: Darunter wird das Bedecken des offenen Bodens mit unverrotteten organischen Materialien verstanden. Dafür eignen sich beispielsweise Grasschnitt, Stroh oder Rindenmulch. Dadurch wird die Keimung von Beikräutern unterdrückt, dem Bodenleben steht Nahrung zur Verfügung und die Verdunstung von Wasser über die Bodenoberfläche wird stark gesenkt.

- Gründüngung: In die Fruchtfolge werden immer wieder Pflanzen eingebaut, die üblicherweise nicht für die Lebensmittelherstellung verwendet werden. Diese dienen dann der Gesunderhaltung des Bodens und Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit. Pflanzen wie Phazelle oder Senf durchwurzeln den Boden stark und fördern die Krümelstruktur, tiefwurzelnende Arten wie Luzerne oder Sonnenblume können Verdichtungen im Boden verringern.

- leguminosenreiche Fruchtfolgen: Die Familie der Leguminosen bzw. Hülsenfrüchtler (botanisch Fabaceae) haben eine große Bedeutung in der Öko-Landwirtschaft, denn sie sind im Gegensatz zu den meisten Pflanzen in der Lage, durch eine Symbiose mit sogenannten Knöllchenbakterien Stickstoff aus der Luft in pflanzenverfügbares Nitrat umzuwandeln. Sie sind somit die einzige Möglichkeit, den Boden mit dem wichtigen Pflanzennährstoff anzureichern. Nur durch eine Fruchtfolge mit vielen Leguminosen kann die Bodenfruchtbarkeit auf Dauer erhalten werden.

Wer Lebensmittel über diese Art des Anbaus beziehen möchte, kommt an Grenzen, da für die meisten Produkte keine Informationen dazu vorhanden sind. Hier kommt eine relativ junge Institution in Deutschland ins Spiel: Der Verein Biozyklisch-Veganer Anbau e.V. bietet ein Siegel mit entsprechenden Kriterien und einer Kontrollinstanz an. Konsument*innen können also beim Kauf auf das dazuge-

hörige Siegel achten. Die Menge an zertifizierten Betrieben ist momentan aber noch sehr gering.

Es bleibt zu sagen, dass der biovegane Anbau noch recht jung ist und dementsprechend wenig Erfahrung zu Problemen in der Betriebspraxis vorhanden ist. Dabei könnten die Schädlings- und Beikrautregulierung vergleichsweise problematisch werden, aber auch die immensen Flächen, die für die Erzeugung der erforderlichen Kompostmengen benötigt werden. Auch in der Wissenschaft gibt es noch sehr wenige Ausarbeitungen zu diesem Thema, hier besteht dringender Bedarf.

Mit einer Entscheidung für biovegane Produkte können wir aber schon heute den Grundstein für eine nachhaltige und tierleidfreie Landbewirtschaftung legen!

Bildbeschreibungen:

Bild S.22: Stickstoffsammler wie der Weißklee und andere Leguminosen erhalten die Bodenfruchtbarkeit

Bild S.23: Gründüngungspflanzen wie Phazelle und Senf spielen eine wichtige Rolle im biovegane Anbau

■ Wolfgang Endres

Quellen

¹ <https://ourworldindata.org/global-land-for-agriculture> [zuletzt aufgerufen am 29.04.2021]

<https://www.youtube.com/watch?v=lhEHgN9tvbE> [zuletzt aufgerufen am 29.04.2021]

<https://www.youtube.com/watch?v=ljM9SjZ9lvs> [zuletzt aufgerufen am 29.04.2021]

https://de.wikipedia.org/wiki/Biologisch-vegane_Landwirtschaft [zuletzt aufgerufen am 29.04.2021]

<https://www.biozyklisch-vegan.de/> [zuletzt aufgerufen am 29.04.2021]

... weil
Tiere
Rechte
haben

**Menschen für Tierrechte
Baden-Württemberg e.V.**



Folgen Sie uns auf Facebook, Instagram und Twitter:

www.facebook.com/tvgbw

www.instagram.com/menschen_fuer_tierrechte

www.twitter.com/tierrechte_bw